

Beschlüsse des Bremischen Gewerkschaftstages zur Berufsbildung

Berufsbildung Antrag 1:

Die GEW Bremen unterstützt die Kampagne für ein „Grundrecht auf Ausbildung“. Der GEW-Vorstand Bremen prüft, welche Möglichkeiten der Mobilisierung in Bremen bestehen und ruft die GEW-Mitglieder zu entsprechenden übergreifend-gemeinsamen und eigenen Aktivitäten vor Ort auf. (Siehe http://www.ausbildung-fuer-alle.de/index_html)
Einstimmig angenommen

Berufsbildung Antrag 2:

Die GEW Bremen unterstützt die Frankfurter Erklärung der IG Metall vom August 2007: „Lernen und Arbeiten in europäischen Kernberufen“.
<http://www.bw.igm.de/anhang?id=5937>

(Siehe Anlage: Frankfurter Erklärung der IG Metall, Aug. 2007)

Diese Erklärung stellt mit ihrer eindeutigen Stellungnahme zur Beruflichkeit der Ausbildung einen deutlichen Gegenentwurf zu EQR und ECVET dar und ruft insofern gegen Zerstückelung und Vermarktung von Bildung und Ausbildung auf. In der Erklärung fehlt m.E. allerdings eine Aussage zur Ausbildung von Fähigkeiten zur demokratischen Umgestaltung der Produktions- und Verteilungsbedingungen.
Einstimmig angenommen

Berufsbildung Antrag 3: (Resolutionsentwurf)

Eine Modularisierung der Beruflichen Bildung zerstört funktionierende Strukturen ohne eine Perspektive aufzuzeigen!

Mittels des Europäischen Qualifizierungsrahmens (EQR) und des Europäischen Kreditpunktesystems (ECVET) sollen die in den verschiedenen europäischen Berufsbildungssystemen erlangten Qualifikationen transparent, transferierbar und akkumulierbar gemacht werden.

Eine solche Entwicklung hätte vielfältige Deregulierungswirkungen. U.a. ist

zu befürchten, dass das Duale System in der BRD, das einen tragfähigen, sozial wenigstens halbwegs ausgewogenen gesellschaftlichen Kompromiss zwischen Unternehmens- und Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinneninteressen darstellt, ersetzt wird durch eine modularisierte Form der Berufsausbildung, mit der an die Stelle die zur Zeit etwa 350 Ausbildungsberufe einige Tausend Ausbildungsmodule treten würden.

Grundlegende, im Dualen System bereits angelegte, Elemente einer an dem „Berufsprinzip“ orientierten Berufsausbildung wie

- eine geregelte Kombination von schulischem und betrieblichem Lernen,
- Lernen für ein breites Feld verwandter, Planung und Steuerung einbeziehender Tätigkeiten,
- geregelte, einheitliche Ausbildungsinhalte, die überbetriebliche Mobilität ermöglichen,
- die gesellschaftliche Verantwortung für die Erstausbildung durch eine (drittel-paritätische) Beteiligung der Sozialpartner (und des Staates) an der Festlegung von Ausbildungsinhalten und -abschlüssen, usw.

würden ersetzt durch ein weitgehend individualisiertes und fragmentiertes Berufsbildungssystem, in dem kommerzielle Bildungsanbieter eine zunehmend größere Bedeutung erlangen würden. Angesichts unzähliger, unterschiedlichster Qualifikationsprofile in jedem Berufsfeld ist mit einer Deregulierung von Arbeitsmarkt und Entlohnung zu rechnen. Ganzheitliche Handlungskompetenz würde aufgegeben zugunsten einer nur unzureichenden, stark detailorientierten Kompetenzausstattung. Die Vermittlung der in vielen neuen Ausbildungsverordnungen verankerten „Schlüsselqualifikationen“ als Basis der beruflichen Flexibilität der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Handlungsfähigkeit in den verwandten Tätigkeiten eines Berufsfelds, die Fähigkeit, sich auf neuen Arbeitsplätzen des erlernten Berufs in neuen Betrieben rasch einzuarbeiten, die Fähigkeit, sich weitgehend selbständig weiterzuqualifizieren, ...) wäre stark in Frage gestellt.

Soll eine an dem Berufsprinzip orientierte Berufliche Bildung in Europa überhaupt eine Chance haben, so ist eine Verteidigung des (sicherlich zum Teil reformbedürftigen) Dualen Systems in der BRD in Zeiten einer massiven Offensive des Modularisierungsmodells unverzichtbar. Denn „ist erst einmal dieses Beispiel eines relativ „guten“ gesellschaftlichen Kompromisses verschwunden, müsste man mit der Konzipierung und Durchsetzung sozial ausgewogener und zugleich tragfähiger Regelungen – in den Köpfen, in der politischen Realität, in der betrieblichen Praxis – wieder ganz von vorn anfangen. Ein Wald ist schnell zu Asche gemacht – ihn wieder anzupflanzen und hochzuziehen dauert sehr lange“ (Ingrid Drexel: Europäische Berufsbildungspolitik: Deregulierung, neoliberale Reregulierung und die Folgen - für Alternativen zu EQF und ECVET, 2006).

(Antragsteller Fachgruppe Gewerbliche Schulen)
Einstimmig angenommen

Berufsbildung Antrag 4:

Der Gewerkschaftstag der GEW Bremen 2007 fordert die Landesvorstände und den Hauptvorstand der GEW auf, zu gewährleisten, dass die Mitglieder über Beratungen, Kontroversen und Entscheidungsprozesse zur Reform der beruflichen Bildung umfassend informiert werden. Informationen über den „Stand“ sollen fortlaufend im Internet und in den Publikationen der GEW bereitgestellt werden.

Einstimmig angenommen
Antragsteller: Fachgruppe Gewerbliche Schulen